

Die Entnationalisierung des Geldes

«Entschweizerung» des Frankens
«Entdeutschung» der Deutschen Mark
«Entfranzosung» des Französischen Franc

Was die mutigen Aufbrecher den
Schweizerinnen und Schweizern
nicht gesagt haben



Die Entnationalisierung des Geldes

Was die mutigen Aufbrecher den Schweizerinnen und Schweizern verschwiegen haben.

Ein Ökonom, Friedrich A. von Hayek, erhält 1974 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. 1976 schreibt er ein Buch mit dem Titel «Entnationalisierung des Geldes». Er verlangt darin die Privatisierung der Nationalbanken (Notenbanken) und legt mit dem Buch die Basis für das, was wir heute Globalisierung, Privatisierung und Deregulierung nennen. Wer das Buch heute liest, erkennt leicht, dass wir die Forderungen von Hayeks in Windeseile in die Praxis umsetzen: Das Weltwährungssystem wurde privatisiert.

«Entnationalisierung des Geldes» bedeutet faktisch die Auflösung der nationalstaatlichen Volkswirtschaften und damit das Auflösen der Nationalstaaten. Denn was ist ein Volk oder eine Nation ohne eigene Währung und ohne eigene territoriale Volkswirtschaft? Wie will die Regierung eines Landes soziale Gerechtigkeit schaffen, wenn ihr die Geldhoheit entzogen wird? Heute steuern Private die Wirtschaft und damit das Armutsgefälle. Politische Verantwortungsträger sind lediglich die Marionetten der privaten Herrscher über das Geldsystem.

Was der Nobelpreisträger forderte, war nichts Anderes als die «Entschweizerung» des Schweizer Frankens, die «Entdeutschung» der Deutschen Mark und die «Entfranzosung» des Französischen Franc. Von Hayek war der Ansicht, dass private Bankmanager, Konzernchefs, Aktionäre und Verwaltungsräte eine gerechtere und friedlichere Welt schaffen würden, als es demokratisch gewählte Politiker tun.

Friedrich A. von Hayek – Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (Nationalökonomie) – verfasste 1976 das Buch «Entnationalisierung des Geldes», ISBN-Nr. 3-16-340727-0.

Den nachfolgenden Kommentar verfasste Ivo Muri, Unternehmer in Sursee, am Freitag, 23. September 2005 in Sursee. Es ist verwunderlich, dass dieser Text bisher nicht den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat.

Friedrich A. von Hayek erhielt 1974 den «Nobelpreis» für Wirtschaftswissenschaften. Im Gegensatz zu den Nobelpreisen, die von der von Alfred Nobel gegründeten Nobelstiftung vergeben wird, wird der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften seit 1968 von der privaten schwedischen Reichsbank verliehen. Ende der 1960er-Jahre herrschte eine Weltwährungskrise, die 1971 zur Abschaffung des Goldstandards durch US-Präsident Richard Nixon und zur Abwertung des Dollars führte. Mit der Aufhebung der Geldeichung mittels Deckung durch einen Gegenwert in Gold wurden «flexible Wechselkurse» eingeführt. Um den Dollar zu stützen, begannen die USA mit Hedge-Fonds Devisen zu handeln. Sie verursachten dadurch die Verschuldung der Drittweltländer. Ausserdem trieben sie den Ölpreis nach oben und etablierten den «Petrodollar» – also die Eichung des Dollarwertes über den Ölpreis – als neues Eichmass des Weltwährungssystems. Den bereits damals privaten Herrschern über das Weltwährungssystem war bewusst, dass der Petrodollar mangels Öl bald abgelöst werden muss. Sie suchten deshalb schon früh nach einer neuen Möglichkeit, die Macht über das weltweit privatisierte Geldwesen zu behalten.

Die US-Notenbank – heute Federal Reserve Bank (FED) – hat seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg acht Mal zwischen Privatbesitz und Staatsbesitz gewechselt. Dabei haben demokratische US-Präsidenten immer wieder den Machtkampf gegen die privaten Gelddrucker verloren.

Das Problem, das mit der Verleihung des Preises für Wirtschaftswissenschaften gelöst werden sollte, war also das eines gerechten und den Menschen dienenden Weltwährungssystems. Der Goldstandard schien nicht das Ideale Hilfsmittel zur Eichung einer Währung zu sein. Und schliesslich wollten die privaten Gelddrucker die immer wieder vorgebrachten Forderungen nach einer Verstaatlichung der Geldhoheit endgültig aus dem Weg schaffen. Die schwedische Reichsbank wirkte deshalb darauf hin, dass Nobelpreisträger erwählt wurden, die eine Privatisierung der Geldmacht befürworteten. Auch wenn – wie Sie

nachstehend lesen können – die Argumente, welche die Privatisierung der Geldmacht gutheissen, für jeden kaufmännischen Lehrling als undemokratisch erkennbar. Doch: Trotzdem wurden die Forderungen Friedrich von Hayeks nach einer Privatisierung der Geldhoheit inzwischen umgesetzt. Ohne dies den Menschen in den Demokratien Europas zu erklären.

Experten für Volkswirtschaft –Professoren an Schweizer Universitäten und im Ausland –, die gegen von Hayeks Ansichten anzukämpfen versuchten, wurden wissenschaftlich auf das Abstellgeleise gestellt, oder es wurde ihnen die Lehrbefugnis entzogen.

Nachfolgend einige Passagen aus von Hayeks Buch «Entnationalisierung des Geldes» [in eckiger Klammer Ergänzungen, Kommentare des Autors]:

«Je vollständiger die [private] Finanzwirtschaft von der [staatlichen] Regulierung des Geldumlaufs getrennt werden kann, desto besser wird dies sein. Die [demokratische] Macht über den Geldumlauf war immer schädlich. Ihr Gebrauch zu finanzpolitischen Zwecken [Armutsbekämpfung in Demokratien] war immer schädlich. Es ist viel besser, wenn die Finanzmacht für die privaten Interessen privater Banken organisiert wird.

Nichts kann also erwünschter sein, als der Regierung die Macht über das Geld zu nehmen und so dem anscheinend unwiderstehlichen Trend zu einem beschleunigten Anwachsen des vom Staat beanspruchten Anteils am Volkseinkommen Einhalt zu gebieten.

Es gibt keinen Grund zu bezweifeln, dass private Unternehmungen – wäre es ihnen gestattet worden – fähig gewesen wären, ebenso gute und zumindest genauso vertrauenswürdige Münzen bereitzustellen. In der Tat haben sie es bereits gelegentlich getan oder waren von Regierungen dazu beauftragt worden.

Es ist unabdingbar, dass alles sehr schnell gehen muss, wenn man einen solchen Wechsel zu privaten Notenbanken vollzieht. Alle erforderlichen Freiheiten [freier Kapitalverkehr, freier Warenverkehr und freier Personenverkehr] müssen gleichzeitig und ohne jede Verzögerung eingeführt werden. Die Möglichkeit zu freiem Wettbewerb von sich gegenseitig konkurrierenden privaten Notenbanken ist eine essenzielle Voraussetzung für das Gelingen des Planes. Die Menschen würden nur dann beginnen, dem Geld zu vertrauen, wenn sie sicher wären, dass es vollständig von jeder nationalen [demokratischen] Kontrolle befreit ist.

Das gegenwärtig instabile staatliche Geldsystem zu beseitigen [und durch ein privates Geldsystem zu ersetzen] ist eine wichtigere Aufgabe, als dass sie den Interessen einiger spezieller Gruppen geopfert werden sollte [auf Nationalisten, Demokraten, KMU, Lohnempfänger, Rentner, Landwirte, Familien usw. kann man also keine Rücksicht nehmen – die Globalisierung ist viel zu wichtig – sie muss schnell kommen].

Der hier vorgeschlagene Weg – die Geldmacht der [demokratisch gewählten] Regierungen zu brechen – ist gleichsam die einzige Möglichkeit – der anhaltenden Entwicklung der Regierungen zum Totalitarismus zu begegnen und das freie Unternehmertum zu erhalten.

Es gibt in der Tat kaum einen Grund dafür, warum Territorien, die zufällig der gleichen Regierung unterstehen, einen gesonderten nationalen Wirtschaftsraum bilden sollten. Durch nationale Protektion haben Nationalstaaten staatliche Monopole gebildet, welche dem freien Wettbewerb schaden. In einer grössten Teils auf internationalen Austausch angewiesenen Weltordnung ist es widersinnig, die oft zufällige Zusammenfügung verschiedener Regionen unter einer Regierung als einen abgegrenzten Wirtschaftsraum zu behandeln [von Hayek findet es also unnötig, die zufällig von irgendeiner Regierung verwalteten demokratischen Staatsgebiete weiterhin abzugrenzen. Jeder soll überall regieren dürfen und vor allem: Privatkonzerne, ihre Aktionäre, Verwaltungsräte und Manager regieren gemäss Friedrich A. von Hayek die Welt besser und gerechter als demokratisch gewählte Politiker].

Dieser Gedanke [die Privatisierung der Notenbanken] wird gewiss einer breiten Öffentlichkeit zu seltsam und fremd vorkommen, als dass er in naher Zukunft realisiert werden könnte... gleichwohl ist es sicherlich möglich, dass das jetzt noch unbestrittene Vorrecht der [demokratisch gewählten] Regierung auf die Geld-Produktion weder notwendig ist, noch überhaupt Vorteile bietet. Die Diskussion kann deshalb nicht früh genug beginnen [wenn man das Vorhaben umsetzen will].

Zwar mag die Verwirklichung ganz und gar undurchführbar sein, solange die Öffentlichkeit darauf geistig nicht vorbereitet ist und unkritisch das Dogma [den Glaubenssatz] eines notwendigen Vorrechtes der Regierung [für die Geldhoheit] hinnimmt.

Doch sollte dies uns nicht hindern, bereits heute an die intellektuelle Erforschung dieses faszinierenden Planes heranzugehen [die Nationalbanken zu privatisieren – Entstaatlichen – Entnationalisieren – Entdemokratisieren – Privatisieren - Feudalisieren].»

In Verkenning der tatsächlichen Verhältnisse – das Geldsystem ist weltweit seit Jahrhunderten privatisiert –, behauptete Friedrich A. von Hayek in seinem Buch «Entnationalisierung des Geldes», sämtliche Wirtschaftskrisen seien darauf zurückzuführen, dass staatliche [demokratische] Notenbanken Geld drucken. Er behauptete, eine «richtige» Weltwährung könne nur realisiert werden, wenn das Recht zur Herausgabe von Geld – Geld drucken und Kredite schöpfen – privaten Banken überlassen werde. Diese würden aus Eigennutz dafür sorgen, dass das Geld gerecht unter der Bevölkerung verteilt werde und der Geldwert stabil bleibe.

Der 1968 abgeschaffte Goldstandard war 1944 in Bretton Woods (USA) geschaffen worden: Wer im Besitz von Gold war, erhielt damit das Recht, Geld zu drucken. Dies war damals vor allem die Waffenindustrie. Denn Ende des Zweiten Weltkrieges erhielten alle Kriegsparteien Waffen nur noch gegen Gold. Neben den USA waren Japan und die UdSSR die grössten Goldbesitzer. Dies ermöglichte den Siegermächten ihre Vormachtstellung in der Weltwirtschaft in den 50er-Jahren ausbauen. Japan verlor den gesamten Goldbesitz an die USA, die im Wettstreit um das japanische Gold durch den Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki Japan 1945 zur Kapitulation gezwungen hatten.

Waffenproduzenten und private Geldmacht sind seit Jahrhunderten eng verwoben. Indem sie Kredite an alle Kriegsparteien vergeben, verdienen die Gelddrucker an allen Kriegen mit – auch in der heutigen Zeit. So ist es im Jugoslawien-Krieg, im Irak-Krieg und im Krieg in Afghanistan. Diese Tatsache ist auch aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg überliefert und findet sich ebenfalls in der Geschichte des Dollars wieder. Die Finanzierung des Unabhängigkeitskrieges und des Sezessionskrieges schildert Anton Zischka besonders eindrücklich und präzise im Buch «Der Dollar – Glanz und Elend der Weltwährung» (ISBN-Nr. 3-7844-7345-8).

Im Herbst 2004 weilte Robert F. Kennedy Junior zu Besuch in der Schweiz. In einem Interview mit dem Sonntagsblick erwähnte er am 7. November 2004 ein Zitat von Abraham Lincoln. Während des Sezessionskrieges soll Lincoln gesagt haben: «Die Banker hinter mir [die meinen Krieg finanzieren] fürchte ich mehr, als die Armee der Südstaaten vor mir.» Lincoln war sich bewusst, dass er sich und sein demokratisches Land in eine unglaubliche Abhängigkeit bringt, wenn er seinen Krieg durch Privatbanken finanzieren lassen muss. Wie später die beiden Kennedy wollte Lincoln die private Geldmacht der Banken brechen. Er wurde kurz nach Ende des Bürgerkrieges ermordet.

Der private Besitz von Gold war in den USA seit 1933 eigentlich verboten. John F. Kennedy stellte jedoch fest, dass Amerikanerinnen und Amerikaner Gold im Ausland besaßen. Er erliess deshalb am 20. Juli 1962 ein Gesetz, die Vollzugsbestimmung Nr. 11037, das Privaten per sofort verbot, Gold in die USA zu importieren oder Gold im Ausland zu besitzen. Er wollte damit verhindern, dass das Recht für das Drucken von Geld weiterhin Privaten überlassen wurde. Die seit 1913 private US-Notenbank – Federal Reserve Bank (FED) – hielt sich jedoch nicht an den Goldstandard und finanzierte den Vietnamkrieg, indem sie den Goldstandard verliess. Von der Aufrüstung profitierte schliesslich die Waffenindustrie, die im Besitz des Goldes war und damit auch Einfluss auf das FED hatte.

Wer aber ist das FED, die US-Notenbank, und wem gehört sie?

Das FED gehört einem Konsortium privater Banken. Es sind dies:

- Rothschild Bank of London
- Rothschild Bank of Berlin
- Rothschild Bank of Paris
- Israel Moses Seif Banks of Italy
- Warburg Bank of Hamburg
- Warburg Bank of Amsterdam
- Lehman Brothers New York
- Chase Manhattan Bank of New York
- Kuhn-Loeb Bank of New York
- Goldman Sachs Bank of New York

John F. Kennedy war der Ansicht, dass in einem demokratischen Rechtsstaat nur der Staat Geld ausgeben dürfe. Erst Recht galt dies gemäss Präsident Kennedy, wenn dieses Geld für Rüstungszwecke ausgegeben werden sollte. Kennedy fragte sich, wie er als Präsident der USA eine geschickte Sozialpolitik betreiben sollte, wenn er das Recht über das wichtigste Machtmittel – das Geld – nicht selbst direkt ausüben konnte. Am 4. Juni 1963 war er es schliesslich leid, mit den Privatbanken um eine sinnvolle Wirtschafts- und Rüstungspolitik zu ringen. Er unterzeichnete die Ausführungsbestimmung «Executive Order Nr. 11110», die der US-Regierung wieder das Recht verschaffte, selbst Geld auszugeben. So brachte er ab Juni 1963 basierend auf einem Silberstandard eigenes – staatliches Geld – in Umlauf.

Dies gefiel dem privaten FED überhaupt nicht. Es sah sich dadurch entmachtet. Mit einem Federstrich war Kennedy dabei, der privaten US-Nationalbank die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Durch die Ausgabe eigenen Geldes hätten sich die USA nicht mehr beim privaten Gelddrucker Federal Reserve verschulden müssen. Die heute (2011) exorbitante Staatsverschuldung von 48'000 Mrd. US-Dollar hätte niemals entstehen können, wenn in der USA staatliche Notenbanken das Recht gehabt hätten, Geld auszugeben. Jeder Demokrat muss doch erkennen, dass es nicht sein kann, dass dutzende von Millionen Amerikanern bei einige wenigen Privaten verschuldet sein können – wenn die USA eine Demokratie wäre.

Nach der Ermordung Kennedy's im November 1963 wurde kein staatliches Geld mehr ausgegeben, obwohl die Exekutive Order Nr. 11110 bis heute in Kraft ist. Nach dem Tod Kennedys zog Lyndon B. Johnson das in Umlauf befindliche staatliche Geld sofort aus dem Verkehr.

Heute stehen wir mitten in einem globalen Wirtschaftskrieg. Wir haben keine Zeit und kein Geld mehr für die Jungen, für Rentnerinnen und Rentner, für die Kranken, für die Arbeitslosen, für die Bildung, für den Staat, für die Versicherungen usw. Die neoliberalen Vorreiter der Globalisierung und der Privatisierung haben uns verheissen, es werde alles billiger, wenn wir privatisieren und deregulieren. Doch: Wo ist all dieses Geld geblieben, das bis heute gespart wurde? Wir stehen doch vor der absurden Situation, dass in Zürich 1000-Franken-Jobs geschaffen werden müssen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Und mit diesem Minimaleinkommen sollten dann kommende Generationen dereinst die Milliarden-schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden zurückbezahlen, die wir bis heute haben auflaufen lassen. Und die Sozialversicherungen sollten die jungen Menschen dann auch noch mit solchen Mindestlöhnen finanzieren? Jeder Laie erkennt doch, dass hier etwas nicht stimmt.

Nur die Fachleute und Experten scheinen bisher nicht zu verstehen, worum es geht. Die von Friedrich von Hayek geforderten Deregulierungen und Privatisierungen und insbesondere die Privatisierung der Nationalbanken zeigen nun die Wirkung, die zu erwarten waren: Demokratische Rechtsstaaten gehen Konkurs und müssen sich noch weiter bei Privaten verschulden. Jedermann kann erkennen, wie falsch

die von Hayeks Thesen sind. Friedrich von Hayek betrachtete das Geld offensichtlich als eine beliebige Ware, die losgelöst ist von Boden und Menschen verwaltet werden kann – als müssten nicht die Menschen durch ihre tägliche Arbeit den Geldwert schaffen, der hinter den Banknoten steht.

Wie kommt es aber dazu, dass Friedrich von Hayek privates Geld propagiert? Wusste er nicht, was Bankvater Keller in Zürich um 1860 feststellte, als er die Gründung der Zürcher Kantonalbank als Staats-bank angeregt hatte?

„Wir brauchen diese Staatsbank, um den Wucher [Zins] zu bekämpfen, den Privatbanken heilsame Konkurrenz entgegenzustellen und den mittleren und kleineren Gewerbestand vor der Ausbeutung durch die in erster Linie auf eigenen Nutzen [Gewinne und Managerlöhne maximieren] bedachten Privatbanken zu schützen.“ - Zitat: Johann Jakob Keller, Gründungsvater der Zürcher Kantonalbank

Wusste von Hayek nicht, dass John F. Kennedy vor seinem Tod einen heftigen Streit mit dem privaten FED-System ausfocht? Wie konnte er annehmen, dass das Geldsystem damals staatlich war? Kannte er die Gesetze nicht, die Kennedy verabschiedet hatte? Wusste er nicht, dass bereits die Präsidenten Jefferson und Lincoln mit den privaten Bankiers in Konflikt waren? War ihm nicht bekannt, dass der französische Staatspräsident de Gaulle in den 1960er-Jahren genau das Gegenteil machen wollte, nämlich mittels staatlichen Departementbanken (Kantonalbanken) das Geld besser (demokratischer) zu organisieren? Hatte er nicht mitgekriegt, dass wir in der Schweiz durch Kantonalbanken und die Deutschen durch ihre Landesbanken eine hervorragende Geldorganisation – ohne Armut und mit wenig Arbeitslosigkeit – geschaffen hatten?

Ich weiss es nicht. Friedrich A. von Hayek können wir dazu nicht mehr befragen, da er bereits verstorben ist. Was wir jedoch wissen und erahnen können, ist das Ausmass der Krisensituation, in der sich die Welt Anfang der 1970er-Jahre befand. Es musste ein neues Weltwährungssystem gefunden werden. Der Goldstandard eignete sich damals wie heute nicht als Grundlage für ein gerechtes Währungssystem.

Es ist anzunehmen, dass viele private Mitwisser keine andere Lösung sahen. Auch der damalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Fritz Leutwyler, gehörte zu jenen, die mit von Hayek die Entnationalisierung des Geldes planten. Es waren nicht etwa «Schlechtmenschen». Was ihnen jedoch zum Vorwurf gemacht werden darf, ist die Tatsache, dass sie die Öffentlichkeit weder richtig befragt noch informiert hatten. Und noch wichtiger: Sie haben sich bis heute nicht die Mühe genommen, anderen Lösungsansätzen genügend Gehör zu geben. Viele Menschen mit guten Ideen wurden als Besserwisser beschimpft oder als «Verschwörungstheoretiker» mundtot gemacht. In Nationalbankkreisen herrscht offensichtlich bis heute die Meinung vor, man dürfe den Menschen nicht wirklich bewusst machen, wie die Geldwirtschaft tatsächlich funktioniere, weil die Menschen sonst nicht mehr arbeiten wollten. Diesen Grundirrtum, hat die Wissenschaft jedoch schon vor 150 Jahren glaubwürdig widerlegt.

Nach der Ermordung von Robert F. Kennedy wurde der französische Staatspräsident Charles De Gaulle darüber informiert, dass die USA für die Finanzierung des Vietnamkrieges den Goldstandard verlassen hatten. Die Tagesschau des Schweizer Fernsehens zeigte damals, 1968, einen aufgebrachten Präsidenten De Gaulle, der von den USA Gold gegen Dollar forderte. Die Amerikaner mussten darauf die Tresore von Fort Knox öffnen und ihr Gold herausgeben. Hätten auch andere Länder ihre Dollarnoten gegen Gold eintauschen wollen, wäre das private FED – die private US- Notenbank – Konkurs gegangen.

Die Notenbankchefs aller Welt hetzten schon Ende der 1960er Jahre von einer Krisensitzung zur nächsten und überlegten, wie man das Weltwährungssystem neu festlegen und damit das Geld neu eichen könnte. Allen war klar, dass der Goldstandard ersetzt werden musste. Und alle wusste, dass es im Gütertausch mit dem Geld ist wie mit dem Meter, dem Liter und dem Kilogramm: Damit ein gerechter Gütertausch möglich ist, muss Geld geeicht sein. Die weltweit gut vernetzten privaten Grosskapitalbesitzer gingen davon aus, dass sie – als gegenseitige persönliche Freunde das Geld gerechter unter der Bevölkerung verteilen würden, als dies staatliche Institutionen tun würden.

Man stellte sich wohl vor, die einzelnen Währungen liessen sich – je nach der in einer nationalen Volkswirtschaft erzielten Wertschöpfung – flexibel eichen – genauso als würde man Meter, Kilogramm oder Liter flexibel halten. Diese flexible Eichung ermöglichte es schliesslich den Hedge- Fonds mit Fremdwährungen (Devisen) Handel zu betreiben wie mit jedem anderen Handelsgut. Geld wurde zur käuflichen Ware wie Jeans oder Waschmittel. Und dies gereichte zum Nachteil der einzelnen Nationen, für welche die eigene Währung wichtig ist für die soziale Wohlfahrt.

Drittweltländer mussten sich in der Folge immer wieder gegen Angriffe auf ihre Währung zur Wehr setzen. Sie machten dies in der Regel, indem sie ihre Währung abwerteten. Darüber beklagten sich die im internationalen Handel tätigen Produzenten. Der Preis für ihre Waren wurde durch die immer häufiger auf- und abwertenden Währungen immer unsicherer. Und kaum hatten sie einen guten Preis für eine Ware erzielt, wurde dieser durch eine spätere Abwertung der Währung wieder vernichtet.

Der langen Rede kurzer Sinn: Jedem vernünftig denkenden Menschen war damals schon klar, dass flexible Wechselkurse eine noch unvernünftigere Art der Eichung des Geldes sind. Weil also flexible Wechselkurse sich nicht eigneten, suchte man andere Wege, das Geld zu eichen.

Unternehmerinnen und Unternehmer fühlten sich durch die Währungsinterventionen der einzelnen Nationalbanken tatsächlich bedroht. Viele waren sich nicht bewusst, dass das Problem der flexiblen Währungen nicht ursächlich bei den einzelnen Nationalbanken, sondern bei den alle Märkte beherrschenden Privatbanken zu suchen war. So nahmen viele Nationalökonominnen – auch schweizerische - und Unternehmer die Ideen von Hayeks 1976 gerne auf und dachten, sicher werde alles besser, wenn man nun mit «nicht korrupten» Privatbanken für ein gerechtes Weltwährungssystem Sorge – für eine stabile Weltwährung, die nicht mehr laufenden Schwankungen ausgesetzt sei.

Die private schwedische Reichsbank hatte natürlich ein Eigeninteresse, den Unternehmerinnen und Unternehmern private Banken vorzuschlagen. Wie die übrigen Privatbanken ist sie noch immer mit den übrigen Königshäusern verbunden. Durch die Ausgabe des nobelpreisnahen Preises für Wirtschaftswissenschaft konnte sie immer jene Volkswirtschaftsprofessorinnen und -professoren auszeichnen, die in ihrem Sinne argumentierten – also für die Privatisierung des Geldwesens.

Friedrich A. von Hayek wollte noch eine Vielzahl von Lokalwährungen etablieren. Er war also gegen eine europäische Zentralwährung – gegen den Euro. In den 1980er Jahren setzten sich jedoch Kräfte durch, die die Welt in eine neue Kontinentalwirtschaft mit drei Währungszonen aufteilen wollten – Nord- und Südamerika mit dem Dollar, Europa, den mittleren Osten und Afrika mit dem Euro und Asien mit dem Yen oder dem Yuan. Die drei Börsenplätze Tokio, London und New York sollten dann jeweils im 8- Stunden-Takt, in einer Art drei Zeitzonen und somit drei Arbeitstagen à 8 Stunden, das Geld um den Erdball schieben.

Die US-Konzerne nennen ihre Europa-Niederlassungen deshalb EMEA (Europe, Middle-East and Africa – Europa, mittlerer Osten und Afrika). Der gemeinsame Nenner ist dabei nicht kultureller Natur, sondern besteht allein in der Zugehörigkeit zu derselben, acht Stunden breiten Zeitzone. Anstelle demokratischer Rechtsstaaten sollten also Konzerne die Welt zentral lenken – durch Konzernismus, wie dies Mussolini ausdrückte. Das Geld, das heute täglich um den Erdball fliesst, hat dabei zu 97 Prozent keinen realwirtschaftlichen Hintergrund mehr. Es ist auf der Jagd nach billiger Arbeit, privatisiertem Volkseigentum, schuldenwilligen Regierungen oder anderen Arten der Spekulation.

Für viele Bürgerinnen und Bürger demokratischer Rechtsstaaten wird das Buch des Nobelpreisträgers Friedrich A. von Hayek unverständlich sein. Die meisten von ihnen glauben und wurden nie anders informiert, dass das Geldsystem staatlich organisiert sei. Nur wer gewagt hat, genau hinzuhören und nachzufragen, konnte sich vergewissern, dass auch in der Schweiz eine kleine private Elite über das Geldsystem herrscht. Aufschlussreich ist etwa eine Aussage des damaligen Nationalbank-Vizedirektors Leo Schürmann in der ersten Ausgabe der Radiosendung «persönlich» im Jahre 1976. In einem Gespräch mit Lilo Pulver vertrat er die heute noch vorherrschende Meinung, die Nationalbank dürfe nicht durch

die Politik kontrolliert werden, da die Demokratie die Tendenz habe, die Nationalbank zu eigenen Zwecken zu missbrauchen. Dass Private diese Bank zu eigenen Zwecken missbrauchen könnten, können sich die so argumentierenden privaten Herrscher über unsere Notenbanken nicht vorstellen.

Für europäische Politikerinnen und Politiker ist von Hayeks Buch offenbar weder etwas Schlechtes noch Überraschendes. Es liest sich wie die Bedienungsanleitung zur privaten Globalisierung der Welt, die wir seit rund 15 Jahren erleben. Mit brachialer Gewalt werden die Ideen von Hayeks über die Länder Europas gestülpt, ohne die Menschen darüber zu informieren, was eigentlich vor sich geht. Im Laufe der Jahre wurden die Theorien von Hayeks nämlich verfeinert. Durch Privatisierungen, «Going Public» und GATT/WTO-Regeln sollte alles Kleinräumige für die privaten Herrscher über das Kapital käuflich gemacht werden. Ende der 1970er-Jahre war das Buch des Soziologen Norbert Elias «Über den Prozess der Zivilisation», Band II, aus dem Jahre 1939 in aller Munde. Elias hatte die Bedingungen herausgearbeitet, die es zwischen 1200 und 1800 Kaisern und Königen ermöglichte, über ein grösseres Reich zu herrschen. Er stellte vier Handlungsfelder ins Zentrum und ortete darin die für das Regieren eines Territoriums notwendigen Machtmittel. Es sind dies:

- Arbeitsteilung – also der Besitz der Marktplätze
- Verkehrswege, Transportwege und Transportmittel
- Kommunikationswege, Kommunikationsmittel und Kommunikationsinhalte
- Geldsystem (das Recht Geld zu drucken und Kredite zu schöpfen)

Heute dürfte auch die Kontrolle der Energieversorgung zu diesen Machtmitteln gehören. Norbert Elias beschreibt eindrücklich, wie diese vier Handlungsfelder einem Herrscher – das kann auch das Volk einer direkten Demokratie sein – dazu dienen, die Ausprägungen zwischenmenschlicher Tätigkeit und damit das Beziehungsgeflecht zwischen den Menschen zu prägen.

Was verbindet dies nun mit dem neuen Eichen der Weltwährungen? Sehr viel, liegt doch genau hier der Schlüssel für jeden, der die Globalisierung und die Motive dahinter verstehen will. Die privaten Besitzer über die Notenbanken waren sich spätestens nach der Ermordung der beiden Kennedy im Klaren, dass sie ihre Privatmacht vor dem immer stärker voranschreitenden Demokratisierungsprozess unmöglich auf Dauer halten konnten. Auch war ihnen klar, dass die Eichung des Geldes unabhängig von einem Gut wie Gold oder Öl auf Dauer haltbar sein würde. Offenbar erkannten sie eine Möglichkeit, wie sie die Weltherrschaft behalten können, ohne auf die Herausgabe von Geld angewiesen zu sein. Es reicht ja, wenn sie die wichtigsten Machtmittel, wie sie Norbert Elias beschrieb, kontrollieren. Wenn Marktplätze und Verkehrs- und Kommunikationswege privat kontrolliert werden, benötigen die privaten Herrscher der Welt nicht mehr zwingend die Kontrolle über das Geldsystem. Sie könnten sogar die Forderungen nach der Abschaffung des privaten Zinses gutheissen, denn sie beziehen ihren «Zehnten» dann aus den ehemaligen Staatsregalen wie Post, Elektrizitätswerken, Telekommunikation, Strassen und Eisenbahnen und sind nicht mehr auf die Herausgabe des Geldes angewiesen. Besitzen sie schliesslich noch die privaten Geschäftsbanken, brauchen sie auch keine Nationalbanken mehr. Weil heute die Privatbanken über Kredite selbst autonome neues Geld schöpfen dürfen.

Konsequent in diesem Sinne wurde unter neoliberaler Flagge weltweit für die Privatisierung aller Staatsregale Propaganda gemacht. Heute ist das Propagandastadium vorbei, die Massnahmen sind umgesetzt. Die neuen internationalen Bankenregeln «Basel II» sind ein wichtiges Instrument, um die Privatmacht der Banken zu stützen. Gäbe es nämlich nur Staatsbanken (Kantonalbanken), existierte weder ein Kreditrisiko noch müsste man den KMU um des Kreditrisikos Willen den Kredit verteuern. Geld und vor allem elektronisches Geld liegt ja immer auf irgendeiner Bank. Liegt es ausschliesslich auf Staatsbanken, dann können Banken nicht Konkurs gehen.

Das Buch «Mut zum Aufbruch», mit dem die Schweizer Wirtschaftselite 1995 die Schweiz zum EU-Beitritt aufforderte, ist praktisch eine Abschrift der Ideen von Friedrich von Hayeks. Mit «Mut zum Aufbruch» rief uns die private Schweizer Finanzaristokratie dazu auf, den Ideen von Hayeks und der Welt-

herrscher zu folgen. Obwohl die Schweiz das einzige UNO-Mitglied mit direkter Demokratie ist, sollten Schweizerinnen und Schweizer die Geldmacht wie alle übrigen EU-Mitglieder privatisieren. Im Buch liest man zwar Nichts von der Privatisierung der schweizerischen Nationalbank oder gar der Abschaffung des Schweizer Frankens. Doch wurde die Privatisierung aller Staatsregale gefordert – auch die der Kantonalbanken – Forderungen, die auf dem Werk von Hayeks basieren. Ohne jegliche öffentliche Debatte beschlossen die Eidgenössischen Räte Ende 2002 ein neues Nationalbankgesetz. Mit diesem Gesetz wurden die Befugnisse der Nationalbank im Sinne von Hayeks beschnitten und den Privatbanken wurden mehr Kompetenzen eingeräumt. Das Aufsichtsgremium der Nationalbank wurde massiv verkleinert – ganz im Sinne Friedrich von Hayeks.

Viele National- und Ständeräte hatten keine Ahnung, was sie da eigentlich genau beschliessen. Ähnlich verhält es sich mit dem im September 2005 von den Eidgenössischen Räten beschlossenen Elektrizitätsmarktgesetz, das vom Volk abgelehnt wurde. Da die Öffnung des Strommarktes für die privaten Globalisierer jedoch sehr zentral ist, haben die Elektrizitätswerke das Gesetz trotzdem umgesetzt. Die Politik hat dieses Vorgehen nachträglich gebilligt.

Für die kommende Generation bedeuten die oben dargestellten politischen Weichenstellungen Folgendes: Sobald sie zur Welt kommen, werden sie den privaten Feudalherren einen Zehnten entrichten müssen, um sich in ihrem Lebensraum bewegen zu können. Sie bezahlen Strassengebühren, Eisenbahnggebühren, Elektrizitätsgebühren, Wassergebühren usw. usw. statt in demokratische in private Kassen. Was heute in der Realität abgeht, nennen wir auf dem Spielbrett „Monopoly“.

Wie konnte es aber soweit kommen, dass unsere Elite diesen Ideen der Privatisierung der Staatsregale und der Entnationalisierung des Geldes zustimmen konnte? Was haben sie sich dabei gedacht? Nun, wir werden die Autoren von «Mut zum Aufbruch» fragen müssen, solange sie noch leben. Einige sind bereits verstorben. Heute können wir erkennen, was dies für die Demokratie und das Wohlbefinden der Menschen bedeutet. Es wäre spannend zu erfahren, ob die Autoren heute auch noch so handeln würden und wie sie dem Schweizer Volk den Verlust der direkten Demokratie als sinnvoll erklären würden.

Die Autoren waren:

Josef Ackermann, Georges Blum, Ulrich Bremi, Kaspar V. Cassani, David de Pury, Arthur Dunkel, Heinz Hauser, Alex Krauer, Fritz Leutwiler, Helmut O. Maucher, Alfred Meier, Jakob Nüesch, Beat Schmid, Stephan Schmidheiny, Thomas Schmidheiny, Wolfgang Schürer, Gerhard Schwarz, Robert Studer, Klaus Vallender. Als Herausgeber zeichneten David de Pury, Heinz Hauser und Beat Schmid.

Kennen oder kannten diese Herren die geschilderten Zusammenhänge oder wurden sie ebenfalls irregeführt? Wären sie tatsächlich an alternativen Konzepten interessiert, könnte ich selbst einige aufzeigen und sie mit Menschen zusammenbringen, die alternative Ideen seit Jahrzehnten entwickelt haben. Warum war es nicht möglich, solchen Ideen Gehör zu geben oder sie mindestens in unseren Medien öffentlich zu diskutieren? Warum kennen die meisten Schweizer die Alternativen nicht? seit mehr als zehn Jahren suche ich mit vielen Schweizer Mitwissern das Gespräch, um ihnen Alternativen vorzuschlagen. Sie haben und hatten bisher keine Zeit, mich zu empfangen.

Ich hoffe nun, mit der Darstellung dieser Sachverhalte Ihnen zum besseren Verständnis der aktuellen politischen Prozesse beitragen zu können. Werden die Forderungen zur Entnationalisierung des Geldes und damit zur Auflösung der europäischen, demokratischen Rechtsstaaten im richtigen Zusammenhang gesehen, ist auch erkennbar, weshalb sich überall nationalistische Strömungen etablieren. Es ist naiv, anzunehmen, die Nationalstaaten liessen sich abschaffen, ohne dass sich die Menschen in den einzelnen Nationen dagegen wehren würden. Die Holländer haben die EU-Verfassung ebenso abgelehnt wie die Franzosen. Auch die Deutschen hätten sie verworfen, so man sie gefragt hätte.

Warum also, so meine Frage, lassen wir die Franzosen nicht Franzosen, die Holländer nicht Holländer

und die Deutschen nicht Deutsche sein? Warum sollen wir nicht im Frieden nebeneinander leben dürfen?

Wollen wir unseren Kindern die Machtmittel entziehen, mit denen sie generationenübergreifend den freien Zugang zum Lebensraum unabhängig ihrer Herkunft und Geburt sichern? Die Frage, die wir im Interesse unserer Kinder stellen müssen, ist eine grundlegende: Warum sollen unsere Kinder staatliche Schulden bei privaten Banken wie eine Art Erbsünde übernehmen? Nur weil diese privaten Banken im Besitz des Goldes oder der Ölquellen waren und dadurch das Recht hatten, Geld zu drucken?

Entscheiden wir uns dafür, dass unsere Kinder nicht Sklaven privater Gelddrucker sein sollen, bedeutet dies: Wir müssen die Anliegen der Präsidenten Lincoln und Kennedy wieder aufnehmen und zu Ende führen. Wir müssen also das Recht zum Geld schöpfen wieder dem demokratischen Rechtsstaat unterstellen. Dies wird dazu führen, dass wir alle keine Schulden mehr bei privaten Gelddruckern haben. Oder anders ausgedrückt: Erst wenn das Recht zur Geldschöpfung den demokratischen Nationalstaaten untersteht, herrscht tatsächlich Demokratie in Europa und auf der ganzen Welt.

Ivo Muri, Sursee, den 23. September 2005

PS: Spannende, zusätzliche Hinweise zum dargestellten Thema erfahren Sie auch aus meinem Buch «Die Uhr», ISBN-Nr. 3-0350-2802-8.